

Allgemeines Jüdisches Familienblatt

Leipziger Jüdisches Familienblatt * Leipziger Jüdische Zeitung

WOCHENBLATT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES JUDENTUMS

Anzeigenpreise: 6 gespalt. mm-Zelle 15 Pf. 3 gespalt. Textzeile 60 Pf. Familienanzeigen für Abonnenten gegen Vorzeigung der bezahlten Monatsquittung 10% Rabatt. Anzeigen werden in unserer Geschäftsstelle entgegengenommen. Anzeigenschluß Dienstag abend. Anzeigengebühren von auswärts werden auf Postcheckkonto Leipzig Nr. 52521 unter Gemeinnützige Werkgemeinschaft, Leipzig erbeten. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und für Platzvorschrift kann keine Gewähr geleistet werden. Bei Klagen gilt die Zuständigkeit des Amtsgerichts Leipzig als vereinbart.

Redaktion:
Allgemeines Jüdisches Familienblatt
Leipzig, Löhstraße Nr. 6
Geschäftsstelle und Verlag
Druckerei der Werkgemeinschaft, Brüderstr. 19, Telefon 27 489
Erscheint Freitags — Redaktionsschluß Dienstag mittags.
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt.

Bezugpreise: Abonnements werden bei allen Postämtern angenommen. Postbezug 50 Pfennige monatlich. 1.50 Mark vierteljährlich (exklusive Bestellgeld). Streifenband-Bezug für Deutschland, Österreich, Saargebiet, Luxemburg, Danzig, Memelgebiet 1.20 Mark monatlich, für das übrige Ausland 1.50 Mark monatlich. Bestellungen nehmen entgegen in Leipzig: Hauptgeschäftsstelle, Brüderstraße 19; Buchhandlung M. W. Kaufmann, Brühl 8, Leihbücherei, Nordstraße 29. M. Laufer, Chemnitz, Kasernenstraße 8. Dresden: Leon Kesten, Kaulbachstraße 25.

Ein Schicksalstag

Am 31. ds. Mt. wird in Deutschland der kommende Reichstag gewählt werden. Mit ungeheurer Spannung erwartet nicht nur die Bevölkerung des Reiches, sondern die gesamte Welt das Ergebnis dieser Wahl. Die derzeitigen Machthaber im Reiche und, durch die bekannten Vorgänge, auch in Preußen, haben vielmals betont, daß der weitere Kurs der deutschen Politik und auch ihr Verhalten von dem Resultate der Reichstagswahlen bestimmt sein werden. Es handelt sich also nicht nur um eine Wahl (unter vielen in der letzten Zeit vorgekommenen Wahlhandlungen, sondern um einen wahren Volksentscheid und um eine letzte Befragung, wie sich das deutsche Volk den weiteren Fortgang der Politik denkt. Zieht man die im Jahre 1932 in Deutschland abgegebenen Wahlstimmen zum Vergleich heran, so ist zu vermuten, daß auch die Reichstagswahl, entsprechend den Ergebnissen beim zweiten Wahlgang für die Wahl des Reichspräsidenten und den Wahlen für die einzelnen Landtage, ein starkes Anschwellen der nationalsozialistischen Mandate mit sich bringen wird. Es kommt aber hierbei auf den Grad des Anwachsens der nationalsozialistischen Stimmenzahl an. Wird das Ergebnis dem nationalsozialistischen Erfolge bei der Reichspräsidentenwahl oder bei der Wahl für den Preußischen Landtag entsprechen, oder ihn sogar noch übertreffen, dann wird der Machtbeteiligung der Nationalsozialisten im Reich und in den Ländern, wenn nicht gar der Machtübernahme, kein Damm entgegengesetzt werden können. Sollte jedoch bei der Wahl am 31. Juli die Sturmflut der nationalsozialistischen Stimmenmehrung einen, wenn auch nur geringen Rückgang zeigen, dann wird diese Erscheinung symptomatisch sein dafür, daß die Sintflut ihren höchsten Stand erreicht hat und nunmehr abzuebben beginnt. Es wird sich also um jede Stimme handeln, die bei den Wahlen abgegeben werden kann. Wie die Dinge heute liegen, halten einander die zwei großen politischen Lager, die Faschisten und die Republikaner, die Waage. Die kommunistische Partei, zwischen beiden Lagern stehend, wird von den derzeitigen Inhabern der Gewalt im staatspolitischen Sinn als nicht entscheidend angesehen. Aus der Tatsache, daß rechts und links für sich allein nicht genügend Kraft haben, um das gegnerische Lager niederzuhalten, leitet das gegenwärtige Regime für sich das moralische Recht ab, gestützt auf die Machtmittel des Staates, das Heft in der Hand zu behalten und solange am Ruder zu bleiben, bis sich nicht eine klare Mehrheitsbildung ergeben hat. Wenn nun die Reichstagswahlen an dieser Sachlage nur sehr wenig ändern, kann man damit rechnen, daß das gegenwärtige Provisorium von langer Dauer sein wird. Wie man sich zur Regierung Papen-Schleicher als Bürger dieses Staates, als Anhänger einer bestimmten politischen Auffassung

stellen soll, ist eine Frage, die außerhalb des Rahmens einer jüdischen Zeitung, die sich in erster Linie verpflichtet fühlt, für jüdische Interessen einzutreten, fällt. Als Juden muß es uns jedoch klar sein, daß unter den obwaltenden Verhältnissen die Regierung Papen-Schleicher gegenüber einer möglichen Regierung Hitler-Strasser das kleinere Übel ist. Darum, wir scheuen uns nicht, es als Realpolitiker unbeschadet aller Nebenempfindungen und unbeschadet der Tatsache, daß die Regierung Papen-Schleicher weitgehend unter dem Einfluß der Nationalsozialisten steht, es auszusprechen, haben wir im Augenblick das größte Interesse, daß diese Regierung nicht durch ein Regime



Hitler abgelöst werde. Daraus folgt, daß keine jüdische Stimme irgendeiner Richtung zugute kommen darf, die direkt oder indirekt den Nationalsozialisten in ihrem Streben, zur Macht zu gelangen, nützen könnte. Wir wissen ganz genau, daß die gegenwärtig das Heft in der Hand haltenden Männer im Reiche und in Preußen allzu sehr geneigt sind, Gedankengängen nachzugehen, die aus der nationalsozialistischen Küche stammen. Eines aber ist anzunehmen, nämlich, daß sich die derzeitigen Machthaber davor hüten werden, die Buchstaben der Gleichberechtigung zu verrücken. Darum sind sie uns, wohl oder übel, genehmer als ein offenes nationalsozialistisches Regime, welches, da ihm Erfolge auf wirtschafts- und außenpolitischem Gebiete versagt bleiben müssen, allzu leicht geneigt sein wird, sich Lorbeeren auf dem dritten und gefühlsmäßig ersten Hauptgebiet seiner Vorstellungswelt im Kampfe gegen die Juden zu holen. Man mag natürlich darüber klagen, daß es soweit gekommen ist, eine Regierung, die die Nationalsozialisten als stille Partner hat, als das kleinere Übel anzusehen. Wir hatten

und haben aber nicht die Macht, diese Verhältnisse zu ändern. Die Tatsachen sind stärker als wir, und darum muß das vorläufige Ziel unserer Bestrebungen sein, daß sich die Verhältnisse nicht noch zum Schlimmeren wenden.

Wenn man die Dinge so betrachtet, dann bleibt für den jüdischen Wähler unter allen Parteien, die sich um Stimmen bewerben, nur eine ganz kleine Kollektion, unter der er zu wählen vermag. Hierbei muß er sich vor Augen halten, daß mit seiner Stimmenabgabe der größte Nutzeffekt erzielt werde. Die vorangegangenen Wahlen haben in dieser Hinsicht den deutschen Wählern böse Enttäuschungen gebracht. Bei der Wahl zum Preußischen Landtag sind Hunderttausende republikanischer Stimmen verloren gegangen. Bei den Reichstagswahlen darf sich dieser Vorgang nicht wiederholen. Wir brauchen nicht zu betonen, daß die jüdische Gemeinschaft in Deutschland nicht den geringsten Anlaß hat, sich mit irgend einer Partei zu identifizieren, oder gar zu glauben, daß sie jemals auch nur zu einem erheblichen Bruchteile in den Reihen des Zentrums eine in jeder Hinsicht entsprechende Stätte finden könnte. Die jüdische Gemeinde hat allen Anlaß, sich sowohl von der scharf charakterisierten Sozialdemokratie, wie auch von dem katholischen Zentrum zu distanzieren. Unter den gegebenen Umständen aber sind es jedoch neben der Staatspartei nur einzig und allein diese Parteien, die praktisch-politisch für den jüdischen Wähler in Frage kommen. Aus diesem Grunde muß den jüdischen Wählern ausdrücklich abgeraten werden, der kommunistischen Partei auch nur eine einzige Stimme zuzuführen. Wenn wir diese Empfehlung ergehen lassen, so geschieht das nicht, weil wir irgendwie gegen den Kommunismus und die kommunistische Partei uns aussprechen möchten. Die kommunistische Partei ist, darüber kann kein Zweifel bestehen, programmatisch absolut nicht antisemitisch. Ihr soziales und wirtschaftliches Programm mag manchen Juden sogar annehmbar und sympathisch erscheinen. Trotzdem aber kann ein jüdischer Wähler in Deutschland in der gegenwärtigen Stunde, wo der Judenpunkt leider im Vordergrund der politischen Kämpfe steht, nicht ohne weiteres seinen persönlichen Neigungen Folge geben, sondern er muß in erster Linie darauf bedacht sein, sein jüdisches Interesse in den Vordergrund zu rücken. Dieses aktuelle jüdische Interesse legt ihm die zwingende Verpflichtung auf, alles zu tun, um bei den praktisch-politischen Entscheidungen der nächsten Wochen und Monaten nach seinen Kräften beizutragen, daß Hitler von der Macht ferngehalten werde. Man dient am besten dieser Absicht, wenn man bei der Wahl am Sonntag als Jude für die Staatspartei, die Sozialdemokratie oder für das Zentrum seine Stimme abgibt. Daß keine jüdische Stimme einer antisemitischen Partei oder einer Richtung, die mit Antisemiten in Listenverbindung steht, zu fallen darf, darüber braucht man kein Wort zu verlieren. h. c.

Von der Deutschen Staatspartei erhalten wir nachstehendes Eingesandt:

Warum - Deutsche Staatspartei?

Einzelne Parteien versuchen aus sehr durchsichtigen Gründen der Wählerschaft einzureden, daß es zwecklos sei, bei der Wahl am 31. Juli für die Deutsche Staatspartei zu stimmen; die Stimmen gingen für die Berechnung des Wahlergebnisses verloren. Gegenüber solchen Behauptungen muß sich die Deutsche Staatspartei aufs entschiedenste zur Wehr setzen.

Das Wahlschicksal hat der Deutschen Staatspartei die Bestimmung auferlegt, selbständig ohne Anlehnung und Listenverbindung in den Wahlkampf zu gehen.

Das Zentrum hat die Listenverbindung mit ihr aus dürftigen Gründen abgelehnt. Über einen dieser Beweggründe der Zentrumspartei würden gerade unsere Mitbürger jüdischen Glaubens arg verwundert sein, die geneigt sind, diesmal dem Zentrum ihre Stimme zu geben.

Zu einer Listenverbindung mit der Sozialdemokratie hat sich die Parteileitung nicht verstehen können. Darin liegt nicht, wie manche ihr vorwerfen, eine Mattheitigkeit oder politische Erweichung. Ganz im Gegenteil: Die Staatspartei stellt nach wie vor ihren Mann für die deutsche Republik und die deutsche Demokratie, für kulturellen und sozialen Fortschritt und für wirtschaftliche Gerechtigkeit.

Entscheidend für Ablehnung der Listenverbindung mit der Sozialdemokratie war der Gesichtspunkt, daß ihr vor allem die Aufgabe zufällt, die Wählerkreise der republikanischen Front zu erhalten, oder neu zuzuführen, die der SPD. unzugänglich sind. Allein durch selbständiges Vorgehen kann sie ihre Mandate in Hamburg, Württemberg, Baden, Sachsen und Berlin halten. Dadurch eröffnen sich dann auch begründete Aussichten für den Reichswahlvorschlag, auf dem alle Reststimmen im Reiche gesammelt werden können. Es geht also tatsächlich keine Stimme verloren.

Die sächsischen Wahlkreise Leipzig, Dresden und Chemnitz bilden einen Wahlkreisverband. Die Wahlvorschläge der Deutschen Staatspartei sind innerhalb dieses Wahlkreisverbandes nach den Bestimmungen des Reichswahlgesetzes miteinander verbunden. Auf 60000 Stimmen entfällt ein Mandat, die Reststimmen kommen dem Reichswahlvorschlag zugute.

Bei der Wahl im Jahre 1930 wurden für die Deutsche Staatspartei in Sachsen 130000 Stimmen abgegeben. Dadurch erhielt die Partei 2 Mandate, der Rest der Stimmen kam auf den Reichswahlvorschlag. Ebenso liegen die Verhältnisse in den Wahlkreisverbänden Württemberg, Baden, Hamburg, Schleswig-Holstein und Berlin.

Wenigstens 5 Mandate sind ihr auch bei Einrechnung aller Schwierigkeiten ganz sicher. Weitere 5 Mandate fallen ihr dann durch die Sammlung der Reststimmen im ganzen Reiche durch den Reichswahlvorschlag zu.

Es ist wirklich nur eine Legende, wenn die gegnerischen Parteien behaupten, die für die Deutsche Staatspartei abgegebenen Stimmen gingen verloren. Die Tücken und Zufälle des Wahlgesetzes können gerade alle Stimmen wirkungslos machen, die von den Gesinnungsfreunden für Zentrum und Sozialdemokratie abgegeben werden.

Die Deutsche Staatspartei und ihre Vorgängerin die Deutsche Demokratische Partei haben allen anderen Parteien gegenüber stets die bessere und richtigere Politik getrieben. Das erweist die Geschichte seit 1918.

An die stolzen Namen Friedrich Payer, Hugo

Preuß, Bernhard Dernburg und Walther Rathenau, Erich Koch-Weser, Willy Hellpach, Walter Goetz, Hermina Dietrich — um nur einige zu nennen — knüpfen sich große staatspolitische Leistungen und Aufbauarbeiten, wie sie keine andere Partei im neuen Deutschland aufweisen kann. Daß auch eine Partei über ihre zahlenmäßige Bedeutung hinaus führend und richtunggebend sein kann, beweist

die Arbeit der Deutschen Staatspartei im sächsischen Landtag und im Leipziger Stadtverordnetenkollegium unter Führung des Leipziger Abgeordneten Bernhard Claus und des Stadtverordneten Professor Reinhart Herz.

Nach wie vor ist eine aktionsfähige Deutsche Staatspartei eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland. Das sollten sich alle besonnenen Wähler und Wählerinnen sagen, wenn sie zur Wahlurne schreiten.

Die Losung am 31. Juli kann nur lauten:
Deutsche Staatspartei — Liste 8!

Die Lehren von Tunis

Aus Tunis kamen zwei Nachrichten: Die französische Regierung habe Herrn Jabotinski die Einreise nach Tunis nicht erlaubt — weil es den dortigen Arabern nicht genehm war. Einige Zeit darauf: Die französische Regierung habe eine bereits erlaubte Keren-Hajessod-Versammlung wieder verboten — weil es die einheimischen Araber so wollten.

Unsere lieben Revisionisten, Herr Stricker und die Herren um ihn, rührten kräftig die Agitationstrommel, nicht etwa gegen die französische Regierung, sondern gegen den leichteren Gegner, die Zionistische Organisation. Und nun wurde das Jammergeheul zum Triumph- und Schlachten-schrei: Halleluja! Da habt ihr die Folgen eurer Politik, der Diskreditierung Jabotinskis, jetzt spürt ihr's am eigenen Leib!

Und die Herren Trommler, Meister in der Kunst der Reklame, entblöden sich nicht, den Fall, der, wie selten einer, den völligen Unsinn der revisionistischen „Politik“ beweist, gegen die Zionistische Organisation auszuspielen.

Jahrelang schon predigen die revisionistischen Wortführer die Lossagung von England, die Übergabe des Mandates an eine andere Großmacht, die uns besser und gerechter behandeln wird. Herr Jabotinski wußte auch schon eine theoretische „geschichtswissenschaftliche“ Begründung für diese seine Konzeption zusammenzukleistern. England, meint der Theoretiker Jabotinski, sei in Niedergang begriffen, es sei ein altersschwacher

imperialistischer Staat, der nicht Mut und Schwung genug hat, einen kühnen Plan trotz aller Widerstände in die Tat umzusetzen. Frankreich hingegen, versicherte uns der weitsichtige allwissende Revisionistenführer, sei von jungem imperialistischen Tatendrang und Mut besetzt, Frankreich würde den Arabern keine Zugeständnisse machen und ihre Wünsche überhaupt nicht berücksichtigen, also los von England, heil Frankreich!

Nun haben wir's: In Tunis, das bei weitem kein so umstrittener Punkt ist wie Palästina, haben die französischen Behörden eine unschuldige Versammlung verboten, um die Araber nicht aufbringen, wie würden dieselben Behörden in Palästina handeln, wo doch die Araber mehr Anrecht auf Berücksichtigung ihrer Wünsche zu haben glauben?

Das ist also die erste Lehre von Tunis, die die Zionistische Öffentlichkeit beherzigen muß; Weg mit der revisionistischen Abenteuerpolitik! Das ununterbrochene Gefasel vom Mandat als „Ware“, die wir dem Meistbietenden verkaufen können, die Propagierung einer philofranzösischen und antienglischen Politik ist verlogen, unverantwortlich, schädlich und gefährlich!

Die zweite Lehre aus dem Fall Tunis ist: Kein Staat in Europa und außerhalb Europas wird die zionistische Politik stützen, wenn sie von vorneherein auf Kampf mit den Arabern eingestellt ist. Die Verständigung mit der arbeitenden arabischen Bevölkerung, die Zusammenarbeit mit ihr und nicht der Kampf gegen sie, ist unbedingte Voraussetzung für das Gelingen und Gedeihen des jüdischen Werkes in Palästina! (J. A. Wien.)

WITZECKE

Ein jüdischer Herr hat auf dem Finanzamt zu tun. Er streitet sich lange mit einem Steuerbeamten herum und sagt schließlich — über die Höhe der noch zu zahlenden Summe war keine Einigung erzielt worden — dem Beamten ärgerlich drohend: „Na, warten Sie nur, wenn das Dritte Reich da ist!“

Der Beamte lacht: „Ausgerechnet Sie sagen das, Was haben Sie denn Gutes davon zu erwarten?“

Der jüdische Herr: „Dann ist am Finanzamt ein Schild angebracht: Juden Eintritt strengstens verboten.“

Welcher Unterschied besteht zwischen Rußland und dem Brühl?
Dort sind die Sowjets, und am Brühl ist Sof' jetzt.



In der stets lesenswerten Illustrierten Zeitschrift „Kuckuck“ befindet sich ein interessanter Artikel:

DIE WEISEN VON ZION...

aus dem wir einige Stellen bringen.

Also sprachen die Weisen von Zion zu Basel hinter verschlossenen Türen Anno 1897. Nie sollten die Nichtjuden erfahren, was ihnen drohte. Aber da war auch einer, den sie den großen Propheten nannten, Achad-ha-Am mit Namen, der schrieb alles auf und von ihm schrieb es auf höchst geheimnisvolle Weise Sergei Nilus ab, der noch jetzt geheim in Rußland lebt, zum Schrecken für Stalin und die alljüdischen Sowjets. Und 25 Jahre später landeten die Protokolle der Weisen von Zion bei den Dummen vom „Völkischen Beobachter“. Extreme ziehen sich an. So wurde die Verschwörung verraten, so erfuhr die Welt, daß sie seit 1789 jüdisch versklavt war. Jung Adolf beschloß den Drachen zu töten — das Rheingold der Schwerindustrie hat es ihm angetan. Was schadete es, das man weder den Verfasser der „Protokolle“ kannte, noch sonst irgendwie ihre Glaubwürdigkeit dartun konnte? Die dumme Fälschung, die einem kleinen russischen Polizeispitzel einige Rubel eingebracht haben mag, wurde zur Bibel des Antisemitismus. Keine Bierbank ohne die Protokolle der Weisen von Zion! Kein Nazi-maul ohne ein paar Zitattafeln aus dem Stumpfsinn von Zion. Für die Erziehung zum politischen Anal-

phabetentum gab es keinen besseren Leitfadens als diesen plumpen Schwind. Die politischen Kinder hörten es gern: Der Jud ist schuld! An der Weltkrise und an dem vierjährigen Massenmord, an der Teuerung und an dem „allgemeinen Verfall der Sitten“. Zwei Jahrhunderte fordern die Nazi vor die Schranken des Weltgerichts von München!

Das Zeitalter der jüdischen Erfindungen

Die Aufklärung war eine jüdische Erfindung, mit ihr begann — laut Rosenberg (Protokolle der Weisen von Zion) — der Verfall der europäischen Menschheit. Auch Fridericus Rex, der historische Ufatar, ist den Teufelsideen der Aufklärung aufgegeben, sein böser Geist war der Judenknecht Voltaire. „Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit!“ Seufzend stellt Rosenberg fest, daß diese Ideen ungeheure Verwüstung angerichtet hätten. Wenn daß unsere Urgroßeltern gehaut hätten, niemals hätten sie erlaubt, daß sie aus Leibeigenen freie Menschen wurden. Es kommt aber jetzt die Einsicht reichlich spät, wie soll man das „Recht der ersten Nacht“ und die Frondienste wieder einführen? Merken wir

es uns jedenfalls: die französische Revolution war im wesentlichen das Werk — der unterdrückten Klassen? Ach nein, jüdischer Geldwechsler.

Sechzehn Juden kreisen Deutschland ein

Die Weltgeschichte ist entlarvt, vor den Münchner Tribunal wird sie totschuldig verurteilt. Der Jud ist schuld! Nehmt nur den Weltkrieg: Wißt ihr, daß der Zionistenführer Herzl schon um die Jahrhundertwende den Weltkrieg prophezeit hat? Na also, und das soll kein Beweis sein? — Die Weisen von Zion hatten gut prophezeien, sie haben ja den Weltkrieg hervorgerufen. Rosenberg enthüllt, bis allen wackeren Antisemiten die Gänsehaut kommt: Sechzehn Juden haben auf der Seite der Entente den Weltkrieg entfacht. Habt ihr gewußt, daß Wilson, Poincaré, Lloyd George, Clemenceau ihre „Flüsterjuden“ hatten? — Rettungslos war die ganze Entente verjudet, sogar der Generalstab, sogar Joffre wie Foch verkehrten zuviel mit Juden, der italienische Ministerpräsident Sonnino war ein Jude, kurz, sechzehn Juden haben Deutschland eingekreist. Und die amerikanischen Juden haben Amerika zum Krieg gegen Deutschland verleitet (offenbar saß da so ein „Flüsterjud“ im deutschen Admiralstab und hat dem Tirpitz die Idee mit dem unbeschränkten U-Boot-Krieg eingegeben). Und ein anderer Hebräer muß im Auftrag der Weisen von Zion das öster-reichische Ultimatum an Serbien entworfen haben,

Aus der jüdischen Welt

Ein Jude — Finanzminister des Faschismus! Wie die „Augsburger Postzeitung“ vom 24. Juli 1932 mitteilt, hat Mussolini den Juden Guido Jung zum Finanzminister ernannt. Das Blatt knüpft u. a. daran die Bemerkungen „ob jetzt die deutschen Nazis nicht ihre diplomatischen Beziehungen zu den faschistischen Brüdern abbrechen werden . . . Mussolini nimmt eben zum Wohle seines Volkes tüchtige Kräfte, wo er sie findet . . .“ Vor Jung saßen schon die Juden L. Fingi und Volpi im faschistischen Kabinett Italiens. Bavarus.

Hitler bei einer „jüdischen“ Hochzeit! Das wäre ein fauler Witz? Aber „fast“ wahr. Neulich ging durch die deutsche Presse die Mitteilung, daß Hitler an der Hochzeit des schwedischen Kronprinzen in Koburg teilnehmen werde. Über das schwedische Königshaus aber schreibt — General Ludendorff in seinem Buche „Kriegssetze und Völkermorden“ (1930, S. 36): „Für die gesamte germanische Welt ist es von tiefer Tragik, daß das Land (Schweden), das in seinen Grenzen die reinsten Bestandteile der nordischen Rasse hat, von einem König aus dem Stamme Juda (Von uns herausgehoben!) beherrscht wird. Wir können uns den Triumph des jüdischen Volkes über diese von ihm so gefürchtete nordische Rasse vorstellen.“ Armer Hitler!

Die „Wendriner“. In der „Weltbühne“ stand unlängst ein Aufsatz „Wendriner unter der Diktatur“, der die Wandlungsfähigkeit gewisser jüdischer Kreise anprangert. Diese Diktatur hat heute schon unter dem Papen-Regime begonnen und diese „Wendriner“ gibt es auch schon. Wer denkt da in Deutschland nicht an Herrn Arnolt Bronnen mit seinem erst spät getauften Vater Brunner aus Lemberg, an den Herrn M. d. L. Studentkowsky mit seinem Kiewer jüdischen Ahnherrn. Eine ganz besondere Rolle aber spielt im jüdischen Leben, wenn man so sagen darf, die österreichische faschistische Bewegung. Da ist der Vertraute Hitlers, der Heimwehr-Fürst Starhemberg, dem Bankier Kohn in Brünn verschuldet. Der Handelsminister, der Heimwehler und Antisemist Dr. Jakoncig hat seinen rechtsanwaltschaftlichen Kanzlerkollegen Dr. Heller in Innsbruck. Der bekannte Wiener Verteidiger Dr. Preßburger verteidigte gemeinsam mit dem nationalsozialistischen Gemeinderat Dr. Walther Riehl im Falschspielerprozeß. Wie der sozialistische Abgeordnete Widmayer laut „Arbeiterzeitung“ vom 17. Juli im n.-ö. Landtag anführte, lieferte der Spirituosenhändler Jakob Kohn aus Hütteldorf Schnäpse gratis für ein nationalistisches Sommerfest. Von der gleichen fabelhaften Fixigkeit der Gesinnung ist jener Kultusgemeindevorsteher einer niederösterreichischen isr. Gemeinde, der mit einem S.A.-Mann homosexuell verkehrte, bis die schmutzige Sache durch Erpressungen vor Gericht kam. Daß der Herausgeber des „Neuen Wiener Journal“ J. Lippowitz Herrn Göhring in den Spalten seines „Judenblattes“ das Wort erteilt, Hitlerbewegung und Heimwehfaschismus liebevoll in seinem Haß gegen daß rote Wien unterstützt, ist wohl über die Grenzen Österreichs hinaus bekannt. Die heimwehfaschistische Zeitung „Freiheit“ des Herrn Sandor Weiß hat erst unlängst das Zeitliche gesegnet. Die Liste der „Wendriner“ läßt sich leider noch fortsetzen. Aber jedem aufrechten Juden wird diese Probe schon genügen, um sich mit Ekel abzuwenden von den „Wendrinern“ des jüdischen wie des deutschen Volkes. Bavarus.

„Pag“, Kreditkassa und Wirtschaftsvereinigung für den Warenaustausch mit Palästina, reg. Gen. m. b. H. Mitte Juni konstituierte sich in Wien III, Landstraßer Gürtel 9/10, die „Pag“ als registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung. An der Spitze derselben stehen u. a. die Herren Dr. Norbert Hoffmann, Arthur Holzer, Dr. Alfred Löwy, Simon Picker, Bruno Rabinowitz, Dr. Ludwig Rosenhek, Dr. Siegfried Schmitz, Insp. Bernard Seiden, Elias Wygodzki und als Syndikus Dr. Leo Goldhammer. Die „Pag“ bezweckt die Beschaffung von Krediten an Besitzer von Böden in Palästina zu besonders günstigen Bedingungen; die Förderung des Importes palästinensischer Erzeugnisse sowie des Exportes nach Palästina; die Durchführung von Palästina-Reisen, u. a. billigste Ferialtouren für Studenten und Angestellte; die Veranstaltung von Ein- und Mehrtags-Autobusreisen durch die historisch interessanten jüdischen

Zentren im In- und Auslande, u. a. m. Die Genossenschaft gibt auch die „Pag-Mitteilungen“ heraus, welche Interessenten kostenlos zugesendet werden; die erste Nummer ist soeben erschienen und bringt einen allgemeinen Überblick über die Ziele der „Pag“, sowie die Beitrittsbedingungen.

Bücherbesprechung

Die bekannte Genossenschaft „Büchergilde Gutenberg“ gibt demnächst ein reich illustriertes Buch über Palästina heraus. A. T. Wegner, der bekannte Orientreisende, schreibt über „Jagd durch das tausendjährige Land“. Der Schriftsteller ist durch seine positive Einstellung zum jüdischen Aufbauwerk bekannt und behandelt in dem Werk ausdrücklich das „neue gesellschaftliche Dasein in diesem wiederaufstehenden Land, die Probleme der Rassen, der Kolonisierung und der großen wirtschaftlichen Experimente“, wie es in der Ankündigung heißt. Das Buch wird für Mitglieder 2.70 RM., für Nichtmitglieder 4.50 RM. kosten.

„Anti-Anti“. Tatsachen zur Judenfrage. Die Beobachtung der nationalsozialistischen Agitation zeigt, daß sie sich heute mehr denn je wieder ihres alten wirkungsvollen Mittels, des Judenhasses, in den Parlamenten, im Wahlkampf, in Zeitungsartikeln bedient. Mit Schlagworten wie „Judenpresse“, „jüdische Drückebergerei im Kriege“, „jüdischer Reichtum“, „Judenregierung“, „jüdische Rasse“, „jüdische Geheimlehren“ und zahllosen anderen wird eine Verwirrung in weite Volkskreise getragen, die am besten durch Verbreitung aufklärender Materials begegnet werden kann. Diesem Bedürfnis wird der seit fast einem Jahrzehnt bekannte „Anti-Anti“ gerecht, der vom Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens herausgegeben, soeben in stark erweiterter 6. Auflage im Philo Verlag (Berlin W 15, Preis RM 1.—) erschienen ist. Wie reich die Fülle des auf kaum 200 Blättern zusammengetragenen Stoffes ist, beweist allein schon das ausführliche Schlagwortregister mit seinen etwa 1200 Positionen. Alle wesentlichen Fragen sind in populärer Form, aber mit wissenschaftlicher Gründlichkeit und in scharfer Systematik fast telegrammstilartig dargestellt. Die meisten Blätter sind vollkommen neu bearbeitet worden, neue Quellen wurden angeführt, neue Zitate herbeigeht. Als wichtige Neuerung ist jedem bedeutungsvollen Stichwort ein Verzeichnis brauchbarer Aufklärungsliteratur beigegeben, um tiefere Belehrung für gründlichere Auseinandersetzung zu ermöglichen.

Der „Anti-Anti“ ist keineswegs nur Mittel der Aufklärung nichtjüdischer Kreise, er gehört in die Hand eines jeden deutschen Juden, damit er jederzeit für den politischen Tageskampf, den er zu bestehen hat, gerüstet ist.

F. G. Mylius

Thomasgasse 2 (Bismarckhaus)
Gegr. 1858, Telef. 63659, 68110

Die Privatdrucksache
der guten Gesellschaft
Das neuzeitliche Schreibgerät
Das Briefpapier von Geschmack

Leipziger Umschau

Verein jüd. Händler und Reisender zu Leipzig



Mitglieder! Wir bringen unseren werten Mitgliedern in Erinnerung, daß der Verein seine Pflichten gegenüber der Armut nur dann erfüllen kann, wenn unsere Mitgliedschaft den Verein finanziell zu kräftigen sucht. Deshalb ergeht die dringende

Bitte an unsere Mitgliedschaft, Sammlungen von Spenden sowie Werbungen von neuen Mitgliedern vorzunehmen und ein großes Interesse zur Weiterentwicklung unseres Vereines entgegen zu bringen. Es wird erhofft, daß der Aufforderung des Vorstandes gern Folge geleistet wird. Jeden Sonntag findet die Sprechzeit in unserer Geschäftsstelle Berliner Str. 11, zwischen 11—12 Uhr statt. Geldüberweisungen wolle man sich der Zahlkarte unseres Postscheckkontos Nr. 56340 bedienen. Der Vorstand.

Chemnitz

An den Vorstand des Sächs. Israel. Gemeindeverbandes z. H. des Herrn Karl Goldschmidt, Leipzig

Die Jüdische Volkspartei Chemnitz gestattet sich, Ihnen folgendes zur Kenntnis zu bringen: Es ist Ihnen bekannt, daß die Gemeinde Chemnitz seit Bestehen des Sächs. Israel. Gemeindeverbandes durch 4 liberale Delegierte „vertreten“ ist, und daß wir als Jüd. Volkspartei, die etwa 60% aller Wähler der hiesigen Gemeinde hinter uns haben immer und immer wieder den schärfsten Protest gegen diese „Vertretung“ erhoben haben. Wir wiesen stets darauf hin, daß es sich hier um nichts anderes als um eine parteipolitische Vertretung der liberalen Richtung in der Chemnitzer Gemeinde handle, keineswegs aber um eine wirkliche Vertretung der Chemnitzer Gemeinde als solche. Von diesem Gesichtspunkte aus verlangte die Jüd. Volkspartei seit Jahren die Überlassung wenigstens eines stellvertretenden Delegierten, damit auch diese Parteirichtung der Chemnitzer Gemeinde vertreten ist. Es sei auch darin erinnert, daß vor etwa 2 Jahren, gelegentlich einer Sitzung des Sächs. Israel. Gemeindeverbandes, der Delegierte aus Zwickau, Herr Salman Schocken wiederholt auf die mißlichen Zustände der Chemnitzer Gemeinde hingewiesen, und daß damals der Vorsitzende der Chemnitzer Gemeinde, Herr Kahn, im Anschluß an diese Äußerungen in Aussicht gestellt hat, durch Verhandlungen eine friedliche Lösung herbeizuführen. Im Verlaufe dieser Zeit hat er aber öfters den Beweis erbracht, daß er zu seinem Wort nicht stehe; neuerdings kam das offen zum Ausdruck gelegentlich der gemeinschaftlichen Sitzung des Gemeindevorstandes und der Gemeindevorordneten, die am 12. ds. Mts. stattfand. Durch den Tod des Herrn Georg Meklenburg ist die Stelle eines stellvertretenden Delegierten im Sächs. Israel. Gemeindeverband freigeworden. Auf der Tagesordnung der erwähnten Sitzung stand die Neubesetzung dieses Postens zur Debatte; die Fraktion der Jüd. Volkspartei, die bisher keinen einzigen Sitz im Sächs. Israel. Gemeindeverband hatte, erhob ihren Anspruch auf diesen Sitz. Ihr Antrag wurde wiederum von sämtlichen Liberalen abgelehnt, u. zwar mit 3 verschiedenen Begründungen.

1. Die Liberalen seien nicht gewillt, auch nur etwas von ihrer Macht abzugeben.
2. „Der Ausländer störe sie“ (Herr Lipa Scharf war von der Fraktion der Jüd. Volkspartei für diesen Posten vorgeschlagen.)
3. Einen Zionisten könnten sie nicht wählen. —

Die Jüd. Volkspartei mußte dieses Verhalten der liberalen Machthaber als eine erneute Provokation betrachten, die nur geeignet ist, den bereits bestehenden Konflikt zu vertiefen, und sah sich veranlaßt, die Sitzung unter Abgabe einer Erklärung zu verlassen.

Die abgegebene Erklärung der Fraktion der Jüd. Volkspartei in der gemeinschaftlichen Sitzung am 12. Juli 1932. siehe Artikel in Nr. 27 dieses Blattes.

Die Fraktion der Jüd. Volkspartei hat Ihnen diesen Bericht unterbreitet, um Ihnen erneut zu zeigen, daß, wenn sie auch weiterhin den allerschärfsten Kampf mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln führen wird, die Verantwortung dafür einzig und allein die liberalen Machthaber in Chemnitz trifft, zu deren Wortführer und Exponenten sich der Vorsitzende, Herr Josef Kahn, machen läßt. Wir selbst bedauern auf das lebhafteste, angesichts der, allen Juden von außenher drohenden Gefahren, zu diesem innerjüdischen Streit gezwungen zu werden.

In keinem Fall wird die Jüdische Volkspartei Chemnitz die jetzige „Vertretung der liberalen Richtung von Chemnitz“ im Sächs. Israel. Gemeindeverband als die Vertretung der Chemnitzer Gemeinde anerkennen und dulden.

Der Vorstand der Jüdischen Volkspartei
gez. Dr. Sichel

Spenden

Keren Kajemeth Lej Israel (Jüdischer Nationalfonds) e. V., Leipzig, Keilstraße 4. Tel.: 102 11. Postscheckkonto: 533 41

August Büchsenleerung!
Jeder Pfennig — eine Erdscholle!
Jede Büchse — ein Stück Boden mehr in Palästina!
Denkt an die Büchse!
Runden Sie Ihre Büchsenpende nach oben auf!
Allgemeine Spenden: Frau Korn anl. Geburt ihres Sohnes 2, Theo Seidemann anl. seiner Vermählung mit Ruth Altmann 5, Dr. Berthold Altmann anl. Vermählung seiner Schwester 5.
Büchsen: Krell 1, Sternheim —.50.

Zahn-Praxis
Alphons Leo jun.
Leipzig C 1, Petersstraße 15
gegenüber „Capitol“ / Tel. 126 02
Licht- und Elektro-Therapie / Röntgendiagnostik
Laboratorium für Zahnersatz

Gegen Fettleibigkeit
wirken am besten
Limonenolins vegetabilische
Reduktions-Tabletten / Tee / Massage-Crems
Allein echt
König-Salomo-Apotheke
Postversand: Grimmaische Straße 17, Ecke Nikolaistraße

Foto — Panier — Radio
am 200 - Pfaffendorfer Straße 2
Abzüge 6x9 9x12 Rollfilm entwickeln Vergr. 13x18 18x24
10 Pf. 12 Pf. 30 Pf. 45 Pf. 75 Pf.
Stets Gelegenheitskäufe in Radio und Foto
Fil.: Berl. Str. 1 - Lindener Markt 7

Sport

Jüdischer Sportverein Bar Kochba e. V.

Leipzig. Heim: Elsterstr. 7

Eigener Sportpark: Dübener Landstr. Str.-B.14,16.

Turntag des Deutschen Makkabikreises in Leipzig. Anfang September findet der Turntag und die Verbandsmeisterschaften des Deutschen Kreises im Makkabiweltverband in Leipzig statt. Fritz Lewinsohn von der Makkabileitung ist bereits in Leipzig eingetroffen, um die technischen Vorarbeiten zu organisieren. Der Turntag wird eine machtvolle Kundgebung der jüdischen Jugend sein und die Anhänger des jüdischen Sportgedanken zu fruchtbarer Tätigkeit anregen.

Fußballabteilung: Die neue Fußball-Saison beginnt am 31. Juli. Unsere erste Mannschaft ist mit folgenden Vereinen in Abteilung 5 eingereiht worden: Taucha, Jugendkraft-West, Eilenburg, Rot-Weiß, Süd-Ost, PSV 21, VFV. Aus dieser Gruppierung kann man ersehen, daß wir berechnete Aussichten auf Erringung der Abteilungsmeisterschaft haben. Dies umso mehr, als nach den bemerkenswerten Erfolgen unserer Mannschaft vor der Spiel-dause ein großer Aufschwung der Spielstärke zu vermerken war. Unsere Fußballer haben die vierwöchentliche Spielpause zu intensiver Trainingsarbeit benutzt und wir erwarten auch weiter, daß jeder Aktive regelmäßig zum Training und selbstverständlich auch pünktlich zu den Verbandsspielen erscheint.

Wir gehen in die kommenden Verbandsspiele mit fünf Mannschaften und erwarten, von jedem einzelnen Spieler, daß er sein äußerstes leistet, um dem Bar Kochba zu einem ehrenvollen Abschneiden zu verhelfen.

Erwiderung auf den Artikel

„Jüdischer Sport und Antisemitismus“

Von einer längeren Einsendung, die nicht in allen Teilen dem Ton unserer Zeitung entspricht, geben wir nachstehendes wieder:

Unter dem Pseudonym „n. r.“ werden im zweiten Teil des angeführten Artikels Angriffe gegen den jüdischen Arbeiter Turn- und Sportverein gerichtet,

die jeder sachlichen Grundlage entbehren. „Der Jüdat gehört nicht, wie n. r. ausführt, aus taktischen Gründen dem Arbeiter Turn- und Sportbund an, sondern anerkennt grundsätzlich die Ziele und Satzungen desselben. Die Zugehörigkeit zum A. T. u. S. B. setzt das Bekenntnis zum Klassenkampf voraus. Außerdem muß festgestellt werden, daß der A. T. u. S. B. eine überparteiliche Organisation ist, keine sozialdemokratische.“

In der Polemik gegen den Jüdat wird die Isolierung der linksgerichteten jüdischen Jugend vom jüdischen Bürgertum bedauert, aber dabei übersehen, daß diese Jugend, zu der Erkenntnis ihrer Lage gekommen, sich löst von den bürgerlichen, auf dem Boden der kapitalistischen Ordnung stehenden Organisationen und den Anschluß sucht und findet an ihre Klassenorganisationen. Nur diese sind im Stande, ihre Interessen wahrzunehmen. In seinen weiteren Ausführungen rügt n. r. die ablehnende Haltung des Bar Kochba zum A. T. u. S. B., weil diese die kommunistische Arbeit unter der Jugend stärke. Er denkt nicht daran, daß der B. K. als Gesamtverein durchaus nicht zu den Zielen des A. T. u. S. B. stehen kann, also nur aus taktischen Gründen, um den antisemitischen Terror auszuweichen, zum A. T. u. S. B. kommen könnte.

G. Abusch.

Gottesdienstlicher Anzeiger

Gemeindesynergie

Sabbatgottesdienst: Abendgebet: Freitag, 29. Juli, 6. August 19 Uhr. — Predigten: 22. Juli (Rabbiner Cohn), 6. August (Dr. Ooldmann). —

Billigste Bezugsquelle
für Händler u. Hausierer

in

Charmeuse - Unterwäsche

„Wäschefabrik Record“

Brühl 2, Tuchhalle, Aufgang B

Morgengebet: Sonnabend, 30. Juli, 7. August 9 Uhr. — Nachmittagsgebet: 30. Juli, 20,20 Uhr, (anschließend Lehrvortrag Rabbiner Cohn); 6. August, 20,05 Uhr (anschließend Lehrvortrag Rabbiner Dr. Goldmann). — Abendgebet, 30. Juli, 20,53 Uhr; 6. August, 20,39 Uhr. — Morgengottesdienst an Sonn- und bürgerlichen Feiertagen: 7,30 Uhr, werktags 7 Uhr. Abendgottesdienst 19 Uhr.

Gottesdienst in der Synagoge Chemnitz

Heute Sonnabend vorm. 9 Uhr Gottesdienst, Thoravorlesung, Neumondweihe und Predigt. Freitag abds. 7 Uhr Gottesdienst. Sonnabend vorm. 9 Uhr Gottesdienst und Thoravorlesung. Schluß 8 Uhr 51 Min. — Tägl. Gottesdienst: morgens: Sonntag 8 Uhr, Montag bis Freitag 7.15 Uhr, abends 7.30 Uhr.

Rekordsaison in Heringsdorf

Heringsdorf hat in diesem Jahre eine Rekordsaison und unser 5 Kilometer langer Strand ist dicht besetzt, so daß Gäste mit Mühe und Not einen Strandkorb und eine Strandburg erobern können. Hotels und Pensionen sind bei angemessenen Preisen ausverkauft. Sämtliche Häuser und Vergnügungsstätten, Kurdirektion und Kurverwaltung eifern, den Gästen den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu gestalten. — Bei den in den letzten Wochen durchgeführten Veranstaltungen, wie Autoschönheitskonkurrenz mit Strahlenfahrt des Deutschen Touring-Clubs, waren die Promenaden derartig besetzt, daß kaum ein Apfel zur Erde fallen konnte. Die übrigen Veranstaltungen, wie Internationales Tanzturnier und Internationales Tennisturnier nahmen einen glänzenden Verlauf und hatten außerordentlichen Zustrom. — Politik ist in Heringsdorf vollständig ausgeschaltet, so daß die Gäste voll und ganz bei lachendem Sonnenschein ihrer Erholung leben können. — Heringsdorf steht, mit einem Wort gesagt, wieder in voller Blüte.

Verantwortlich für die Redaktion und Verlag Siegfried
Flaschmann, Leipzig C1, Löhstraße 6, I.
Druck und Anzeigenverwaltung:
Druckerei der Werkgemeinschaft, Leipzig C1, Brüderstraße 19

Männer und Frauen

des freiheitlichen Bürgertums
wählt am 31. Juli

nur Deutsche Staatspartei

die Partei der Demokratie und des Fortschritts
unabhängig — selbständig — zielklar im Kampf

Für Freiheit und Ordnung

Gegen Gewalt —

Arbeitsbeschaffung u. Siedlung

Terror und Autarkiewahn

Wählt Liste 8

Wahlspenden erbeten auf das Postscheck-Konto der Deutschen Staatspartei Leipzig Nr. 55144